

Neustrukturierung des Sevilla-Prozesses zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie und des industriellen Mittelstands

1. Ausgangslage: Der Sevilla-Prozess als industriepolitischer Faktor

Der sogenannte **Sevilla-Prozess** ist das zentrale europäische Verfahren zur Erarbeitung der **BVT-Schlussfolgerungen (BAT – Best Available Techniques)** im Rahmen der Industrieemissionsrichtlinie (IED). Unter der Federführung des Europäischen IPPC-Büros in Sevilla (EIPPCB) werden die Vorgaben für Anlagenbetreiber europaweit definiert – und sind anschließend für nationale Genehmigungen unmittelbar verbindlich.

Die Folgen für den Standort Deutschland sind gravierend:

- Der Prozess bestimmt über die **Genehmigungsfähigkeit bestehender und neuer Anlagen**.
- Er beeinflusst die **Investitionsentscheidungen in Zukunftstechnologien**.
- Er entscheidet über die **internationale Wettbewerbsfähigkeit des energieintensiven industriellen Mittelstands**.

Besonders betroffen ist die **oberflächen- und galvanotechnische Branche**, die eine Schlüsselrolle in zahlreichen Wertschöpfungsketten einnimmt – vom Automobilbau über die Medizintechnik bis hin zu Luftfahrt, Maschinenbau und Elektronik.

Ein funktionierender, **realitätsnaher** Sevilla-Prozess ist daher keine technische Randnotiz, sondern eine **zentralindustriepolitische Stellschraube für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland und Europas**.

2. Zentrale Probleme des derzeitigen Prozesses

a) Missachtung der industriellen Vielfalt

Die europäische Industrie ist hochgradig heterogen – selbst innerhalb einzelner Branchen. Unterschiedliche Produktportfolios, Materialanforderungen, Beschichtungsverfahren und Energieprofile führen zu **fundamentalen Unterschieden**. Die im aktuellen Verfahren geplante Orientierung an den **strengsten Minimalwerten** blendet diese Realität aus.

Ein **Beispiel aus der Galvanotechnik** verdeutlicht dies:

- Betriebe, die für hochbelastete Produkte mehrschichtige Beschichtungen auftragen müssen, benötigen naturgemäß mehr Energie. Die Schichtdicken sind außerdem produktspezifisch und damit variabel.
- Würde ihnen dennoch der gleiche Grenzwert auferlegt wie Betrieben mit einfacheren Prozessen und geringerer Schichtdicke, verlören sie ihre Genehmigung – obwohl ihre **Gesamtumweltbilanz vergleichbar oder besser** sein kann.

Das Ergebnis ist ein unrealistischer „**One-Size-Fits-All**“-Ansatz, der gerade jene Unternehmen gefährdet, die bislang als **technologische Vorreiter** in Europa gegolten haben.

b) Ungeeignete Bewertungsmetriken

Die in den BREF-Dokumenten verwendeten Kennzahlen (z. B. kWh/m², m³/m², kg/t) bilden die Realität nicht ab.

- **kWh/m²** ignoriert Bauteilgeometrien und Beschichtungsdicken.
- **m³/m²** verkennt unterschiedliche Wasseraufnahme und Spülprozesse.
- **kg/t** stellt keinen sinnvollen Zusammenhang zwischen Rohstoffeinsatz und Endprodukt her.

Solche Kennzahlen sind **fachlich irreführend**, politisch kontraproduktiv und ökologisch nutzlos. Sie erzeugen **Scheinvergleiche**, statt echte Umweltfortschritte messbar zu machen.

c) Fehlende Berücksichtigung von Fachwissen

Die Einbindung von Industrieexperten in den **Technical Working Groups (TWG)** ist formal vorgesehen, faktisch jedoch unzureichend.

- Praktische Betriebserfahrungen werden ignoriert.
- Rückmeldungen von Verbänden fließen nicht oder nur unzureichend ein.
- Entscheidungsprozesse bleiben intransparent.
- Protokolle werden nicht angefertigt.

Das Resultat: Ein Prozess, der die **praktische Expertise der Anwender nicht ernst nimmt**, verliert nicht nur Akzeptanz, sondern auch seine Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit.

3. Folgen für die deutsche Industrie

Wettbewerbsfähigkeit und Carbon Leakage

Strengste Grenzwerte, die nur unter Nischenbedingungen erreichbar sind, gefährden die Wettbewerbsfähigkeit. Produktionsverlagerungen ins Ausland (Carbon Leakage) werden wahrscheinlicher – mit dem paradoxen Effekt, dass **Emissionen lediglich verlagert, nicht reduziert** werden.

Innovationskraft und Transformation

Anstatt in **Forschung & Entwicklung** neuer Verfahren, Recyclingmethoden oder klimafreundlicher Materialien zu investieren, müssen Unternehmen ihre Mittel in bürokratische Abwehrkämpfe lenken. Der Sevilla-Prozess blockiert so die **eigentliche Transformation** hin zu mehr Nachhaltigkeit.

Wertschöpfungsketten und Industriepolitik

Oberflächentechnik ist eine **Schlüsseltechnologie**. Ohne sie gibt es keine leistungsfähigen Produkte in Automobilindustrie, Luftfahrt, Medizintechnik oder Maschinenbau.

Ein Ausfall der Branche in Deutschland hätte Dominoeffekte entlang ganzer Wertschöpfungsketten und würde **industrielle Kerne in Europa aushöhlen**.

Arbeitsplätze und Qualifizierung

Mittelständische Regionen wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern tragen die Hauptlast. Hochqualifizierte Arbeitsplätze und spezifische Ausbildungsgänge (z. B. Galvanotechnik) sind direkt gefährdet.

Dies schwächt nicht nur den industriellen Mittelstand, sondern auch die **attraktive Ausbildungslandschaft Deutschlands**.

4. Vorschläge zur Neustrukturierung des Sevilla-Prozesses

a) Beibehaltung der Intervall-Logik

- BAT-Werte müssen als Bandbreiten formuliert bleiben. Nur so lassen sich unterschiedliche Produktionsrealitäten abbilden. Die Alternative wäre eine mikromanagementartige Kategorisierung, die bis zum Einzelbetrieb herunterbricht.

b) Stärkung nationaler Behörden

- Nationale Behörden müssen die Hoheit über die Festlegung genehmigungsrelevanter Werte behalten. Nur sie verfügen über das notwendige technische Detailwissen vor Ort.

c) Validierung geeigneter Kennzahlen

- Bewertungsmetriken müssen wissenschaftlich belastbar und praxisnah sein. Unsinnige Indikatoren sind aus dem Prozess auszuschließen. Im Zweifel sollten die Ersteller öffentliche Praxischecks durchführen und damit Ergebnisfähigkeit nachweisen.

d) Verbindliche Beteiligung der Industrie

- Industrieexperten müssen verbindlich und mit echtem Einfluss in die TWG eingebunden werden. Rückmeldungen dürfen nicht folgenlos bleiben. Praxischecks wären der geeignete Ansatz.

e) Fokus auf tatsächliche Umweltwirkung

- Maßstab muss die **ökologische Wirksamkeit** sein, nicht formaler Bürokratismus. Vorgaben ohne realen, nachweisbaren Umwelteffekt sind konsequent zu streichen.

5. Politische Forderung des ZVO

Der ZVO fordert die Bundesregierung auf, den **Sevilla-Prozess auf EU-Ebene grundlegend zu reformieren** und sich mit Nachdruck für die Interessen des industriellen Mittelstands einzusetzen.

Ziel: Umweltwirksame, technisch machbare und wirtschaftlich tragfähige BVT-Vorgaben.

Fokus: Sicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit des Mittelstands.

Auftrag an die Bundesregierung:

- **Aktive Einbringung deutscher Industrieinteressen** in Brüssel.
- **Klare Abwehr realitätsferner, standortgefährdender Entscheidungen.**
- **Keine zusätzlichen Dokumentationspflichten oder Doppelerhebungen**, die Ressourcen binden, ohne ökologische Wirkung zu entfalten.
- **Reduzierung von Auskunfts- und Veröffentlichungspflichten auf ein Mindestmaß** – insbesondere zum Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

- **Bewahrung bestehender Ausnahmeregelungen der IED**, um die notwendige Flexibilität für mittelständische Produktionsrealitäten sicherzustellen.
- **Bestandsschutz für Altanlagen**, um den Fortbestand bewährter Produktionsprozesse zu gewährleisten.
- **Großzügige Übergangsfristen** bei der Umsetzung neuer BAT-Schlussfolgerungen, um Investitionszyklen nicht zu gefährden.
- **Strikte 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben in nationales Recht** – ohne zusätzliche Verschärfungen („Goldplating“), die den Standort Deutschland einseitig belasten würden.
- **Enge Kooperation mit Industrieverbänden** und direkt betroffenen Unternehmen, um Praxisnähe sicherzustellen.

Ohne eine solche Reform droht der Verlust eines ganzen Industriezweigs in Deutschland und Europa – mit fatalen Folgen für **Arbeitsplätze, Wertschöpfungsketten und Klimaschutz** gleichermaßen.

Die Bundesregierung ist in der Pflicht, jetzt entschlossen zu handeln und den Sevilla-Prozess zu einem Instrument zu machen, das ökologische Ziele ernsthaft unterstützt, **ohne die industrielle Basis zu zerstören**.

Ansprechpartner bei Rückfragen

Lukas Hanstein, Leiter Politik, ZVO

l.hanstein@zvo.org

0151/11123821

Dr. Malte Zimmer, Ressortleiter Umwelt- und Chemikalienpolitik

m.zimmer@zvo.org

0160/6258061